

Besser über das Volk entscheiden als das Volk entscheiden lassen: Abgeordnete des Deutschen Bundestags bei einer namentlichen Abstimmung.

MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK / IVAGO

Angst vor dem Volk

In Deutschland stösst die direkte Demokratie auf Ablehnung. Gertrude Lübke-Wolff sucht nach Gründen

OLIVER ZIMMER

Nicht nur die deutsche Politik hat Mühe mit der direkten Demokratie, doch die ganz besonders. Der Gedanke, eine Demokratie dürfe sich nicht auf die Wahl von Abgeordneten beschränken, sie habe den Bürgern darüber hinaus das Recht auf Einsprache und Initiative zu gewähren, bereitet den meisten Bundestagsabgeordneten Kopfschmerzen. Die Standardmedizin gegen diese Art von Unwohlsein heisst pure Repräsentativdemokratie. Denn in der reinen Wahldemokratie bestimmt nicht ein angeblich populistisch veranlagtes Volk, sondern Berufspolitiker im Verbund mit Exekutive und Verwaltung. Also ein Milieu, das abwägt und damit für Berechenbarkeit

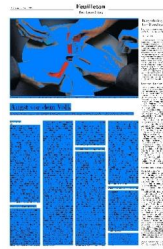
bürgt. Es sind dort Personen am Werk, die es kraft ihrer Bildung und Erfahrung nun einmal besser wissen als Hinz und Kunz. In der repräsentativen Demokratie machen die Vernünftigen den Staat.

So lauten, leicht zugespitzt, die gängigen Vorbehalte gegen die direkte Demokratie. Genauer: gegen Bestrebungen, die repräsentative Demokratie durch direktdemokratische Instrumente wie Referendum und Initiative zu ergänzen. Denn die reine Volksherrschaft fordert niemand – die Herrschaft der Strasse ist der Strohmann all jener, die am repräsentativen System nicht rütteln wollen. Ihre zwei Standardargumente lauten: Politische Sachentscheide überfordern die Kapazität und das Verantwortungsvermögen

des Durchschnittsbürgers. Und: Volksentscheide stärken, indem sie die Politik emotionalisieren, die radikalen Extreme.

Mittel gegen Radikalisierung

Einmal abgesehen davon, dass politische Sachfragen sich nicht wertfrei entscheiden lassen – was wir für vernünftig halten, widerspiegelt unsere Überzeugungen: Politik war noch nie eine exakte Wissenschaft –, finden die genannten Vorbehalte in der Wirklichkeit keine Bestätigung. So sind gewählte Politiker oft genauso überfordert wie ihre Wähler. Auch sind es oft gerade sie, die – um ihre Wiederwahl bangend – die Politik in ein Tummelfeld der Gefühle verwandeln. Ungleich bedeutsamer: In Demokratien, die ihren Bürgern Teilhabe ge-



währen, sind die Leute im Durchschnitt nachweislich besser informiert als in rein repräsentativen Systemen. Nicht weil sie klüger wären, sondern weil es ihrem Interesse entspricht, sich gut zu informieren. Verwerfen sie die Empfehlungen ihrer Repräsentanten, so ist das ihr gutes demokratisches Recht. Ausserdem: Indem die direkte Demokratie den öffentlichen Streit institutionalisiert, anstatt ihn mit einem Tabu zu belegen, schafft sie ein Überdruckventil gegen politische Radikalisierung. Siehe Frankreich. Siehe Italien. Siehe Deutschland.

Trotzdem ist die direkte Demokratie für die staatstragenden Parteien Europas kein Thema, zumindest kein ernsthaftes. Im Gegensatz zu den europäischen Bürgern, die sich vermehrt für mehr politische Teilhabe aussprechen, ist die Mehrzahl der Volksvertreter dagegen. So war in Deutschland zwischen 1998 und 2010 eine deutliche Mehrheit der Befragten für die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene. Bei Politikern machen die Zustimmenden dagegen eine Minderheit aus, wobei es heute (zumindest ausserhalb der Schweiz) eher konservative Parteien sind, die sich für die partizipatorische Demokratie aussprechen. Das war bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, als auch das Gros der politischen Linken mehr Demokratie forderte, noch anders.

Auch viele der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien konnten sich noch bis vor fünfzehn Jahren die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene vorstellen. Ein Blick auf die Verlautbarungen der letzten Jahre zeigt allerdings, dass sich Deutschlands staatstragende Parteien die Sache in der Zwischenzeit anders überlegt haben. Nicht die Option des bürgerlichen Mitentscheidens steht heute im Vordergrund, sondern allenfalls die Konsultation: Um möglichst bürgernah politisieren zu können, sollen Abgeordnete das Stimmvolk auch zwischen den Wahlen konsultieren. Dass sich Politiker dadurch einen Legitimationsgewinn erhoffen, ist offensichtlich; dass solche Konsultationen mit genuiner politischer Teilhabe wenig zu

tun haben, ebenfalls. Der Vorschlag der Konsultation erinnert mich an mein Leben im Vereinigten Königreich. Dort erklären sich Abgeordnete vor den Wahlen jeweils bereit, ihre Macht – vor allem durch das Mittel der Dezentralisierung – zu teilen. Sobald ihre Partei dann die Regierung stellte, waren solche Forderungen vom Tisch. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Etwa, dass Macht häufig, viel Macht dagegen zwangsläufig korrumpiere.

So drastisch würde es Gertrude Lübke-Wolff in ihrem lesenswerten und hoch informativen Buch «Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten?» zwar nicht formuliert haben wollen. Doch die Kritik der Autorin – einer emeritierten Professorin für öffentliches Recht und ehemaligen Richterin am Bundesverfassungsgericht – am demokratiepolitischen Status quo in Deutschland fällt deshalb nicht weniger grundsätzlich aus.

Die Schuld an Trumps Aufstieg

Das zeigt sich bereits an dem für deutsche Verhältnisse provokanten Buchtitel, der auf die lange Geschichte der Angst vor dem Volk anspielt. Es zeigt sich ausserdem in der gleich zu Beginn gemachten Feststellung, dass die Einführung direktdemokratischer Instrumente auf Bundesebene (durch eine Ergänzung des Grundgesetzes) durchaus möglich wäre. Auch dass Lübke-Wolff die jüngste Welle «der Angst vor dem Bürger als Entscheider» nicht exklusiv auf das Konto von Brexit und Donald Trump abbuchen will, lässt aufhorchen. Die Vorstellung, wonach eine stärker partizipatorisch ausgerichtete Demokratie Demagogen Tür und Tor öffne, sagt sie, habe am Anfang der Republik dem «Selbstentlastungsinteresse der Eliten» gedient, die den Nationalsozialisten den Weg zur Macht mitgeebnet hätten (Ermächtigungsgesetz): «Nicht sie sollten versagt haben, sondern das gemeine Volk.» Dass dieser Reflex bis heute nachwirkt, ist zu vermuten. Es ist eben immer einfacher, bestimmte Systeme – etwa die direkte Demokratie oder den

Nationalstaat – für Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen, als Selbstkritik zu üben. Zumal wenn es den eigenen politischen Interessen dient.

Daneben entkräftet die Autorin eine Anzahl weiterer Einwände gegen eine verstärkte demokratische Partizipation der Bürger. So weist sie mit Bezug auf die einschlägige Forschungsliteratur nach, dass die direkte Demokratie beim verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern der repräsentativen überlegen ist; dass sie auch bei der Integration der ausländischen Bevölkerung besser abschneidet als diese. Und: dass sie das Niveau der öffentlichen politischen Debatte steigert; oder die Verantwortung in der Politik stärkt. Auch argumentiert Lübke-Wolff überzeugend, dass die direkte Demokratie sehr wohl zur repräsentativen passt (siehe Schweiz) oder dass es keinen Grund gibt, weshalb sie sich nur für kleine Einheiten eignen soll.

Analytisch besonders scharfsinnig ist das, was Lübke-Wolff unter dem Begriff «Idealvergleichsfehler» diskutiert. Damit meint sie die verbreitete Tendenz, die angeblich bedenkliche Praxis der direkten Demokratie mit einem stark idealisierten Bild der repräsentativen Demokratie zu kontrastieren, nach dem Muster: hier tumbes Volk, dort aufgeklärte Repräsentanten.

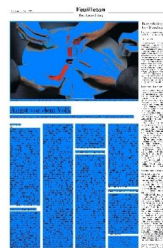
Davon ausgehend stellt man sich mit Bezug auf die deutsche Politik der letzten Jahre die Frage: Wo hätte das Volk denn weniger vernünftig politisiert als Bundesregierung und Bundestag? Etwa bei der Energie- und Klimapolitik – wo Deutschland nun einen weniger klimafreundlichen Strommix aufweist als seine Nachbarn? Bei der kläglich gescheiterten «Modernisierungspartnerschaft» mit Wladimir Putin – wo deutsche Regierungen die Sorgen der osteuropäischen Nachbarn während Jahrzehnten ignorierten? Oder bei der Migrationspolitik – wo die Probleme bis heute tabuisiert werden?

Am Schluss entscheiden Gerichte Gesamthaft favorisiert die Autorin eine Demokratie, in der sich die Ge-

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 84'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 31
Fläche: 97'572 mm²

Auftrag: 3013856
Themen-Nr.: 640.001

Referenz: 87911827
Ausschnitt Seite: 3/3

walten – Exekutive, Parlament, Verfassungsgericht, Volk – gegenseitig korrigieren und in Schach halten. Damit spricht sie sich gegen ein Letztentscheidungsrecht einer dieser Instanzen aus.

Was die ehemalige Verfassungsrichterin ganz zum Schluss nur behutsam andeutet: dass es heute in Europa in erster Linie die Gerichte sind, die dieses Recht für sich beanspruchen. Damit wäre der neuralgische Punkt bezeichnet, der in der Debatte über die Zukunft der

Demokratie künftig ins Zentrum zu rücken wäre. Will heissen: Lübbe-Wolffs Buch gehört in die Dienstmappe – oder noch besser: auf die obligatorische Leseliste – von deutschen und anderen Volksvertretern.

Gertrude Lübbe-Wolff: Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten? Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 2023. 212 S., Fr. 37.90. – **Oliver Zimmer** ist Forschungsdirektor beim Zürcher Forschungsinstitut Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).